

Grüne Fraktion in der StädteRegion Aachen - Zollernstr. 10 - 52088 Aachen

**Herrn  
Städteregionsrat  
Helmut Etschenberg**

**Im Hause**

Fraktion in der StädteRegion Aachen  
Zollernstraße 10  
Zimmer: E 175-177 (Erweiterungsbau)  
52088 Aachen

Fon: 0241/5198/3647 und 3648  
Fax: 0241/5198/3655  
E-mail: [fraktion@gruene-region-aachen.de](mailto:fraktion@gruene-region-aachen.de)  
Internet: [www.gruene-region-aachen.de](http://www.gruene-region-aachen.de)

Aachen, den 28.09.2018

**Resolution der Städteregion Aachen zum Revier-Appell der IG BCE und der  
Gewerkschaft ver.di  
hier: Antrag für die Sitzung des Städteregionstages am 10.10.2018**

Sehr geehrter Herr Etschenberg,

zu dem von der SPD-Fraktion am 27.08.2018 beantragten Tagesordnungspunkt  
„Resolution der Städteregion Aachen zum Revier-Appell der IG BCE und der  
Gewerkschaft ver.di“ - für die Sitzung des Städteregionstages am 10.10.2018 -

bittet die GRÜNE-Städteregionsfraktion folgenden Resolutionsantrag alternativ zur  
Beschlussfassung zu stellen:

Der Städteregionstag stellt fest:

**Den Kohleausstieg als Chance begreifen  
Resolution der StädteRegion Aachen**

***Die Bundesregierung hat mit Kabinettsbeschluss vom 6. Juni 2018 die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung eingesetzt. Im Einsetzungsbeschluss heißt es u.a. „Einsetzung der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung. Die Politik der Bundesregierung dient der Schaffung von Vollbeschäftigung und gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland. Um dies zu erreichen, ist es erforderlich, den in vielen Bereichen stattfindenden Strukturwandel aktiv und umfassend zu begleiten, um so Wachstum und Beschäftigung insbesondere in den betroffenen Regionen zu stärken.“***

Bankverbindung: Sparkasse Aachen  
Kto.-Nr. 305 995  
BLZ 390 500 00

Geschäfts-Kernzeiten:  
Mo, Di, Do: 9.00 – 15.00 h  
Mi: 12.30 – 17.30 h  
Fr: 9.00 – 12.00 h

**Unsere Region steht vor der großen Aufgabe, in einem überschaubaren Zeitraum ihre wirtschaftliche Infrastruktur derart zu verändern, dass der Ausstieg aus der ebenso klima- wie energiepolitisch überkommenen Braunkohleförderung und – verstromung baldmöglichst und sozialverträglich vollzogen werden kann.**

**Wir erwarten, dass sich die Region und alle verantwortlich daran Beteiligten diesem bereits auf Bundesebene durch die Einsetzung der „Kohlekommission“ eingeleiteten Prozess des Strukturwandels positiv stellt und ihn als Chance zur nachhaltigen ökonomischen und ökologischen Erneuerung sowie zur Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze begreift.**

Bezug nehmend auf die aktuelle Entwicklung im Hambacher Wald möge der Städtereionstag ergänzend beschließen:

**1. Der SRT unterstützt den im Sinne von Art. 8 des Grundgesetzes friedlichen Protest tausender besorgter Bürgerinnen und Bürger und der Anwohnerinnen und Anwohner des Tagebaus. Er fordert alle Beteiligten dazu auf, auf Gewalt und ungesetzliche Maßnahmen zu verzichten und dankt dem Polizeipräsidenten von Aachen für seine Strategie, den Konflikt weitestgehend ohne Gewalt zu lösen.**

**2. Der SRT nimmt zur Kenntnis, dass die Rodungen im Hambacher Forst auf der Basis politischer Entscheidungen aus den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erfolgen. Er fordert den Vorstand des RWE dazu auf, im Sinne einer friedlichen Konfliktlösung, diese Rodungen bis zum Beschluss der sog. "Kohlekommission" auszusetzen.**

### **Begründung:**

Die Förderung und Verstromung der Braunkohle hat die Region zwischen Köln, Bonn, Aachen und Düsseldorf über Jahrzehnte geprägt wie keine andere Industrie. Sie war lange Zeit eine der wirtschaftlichen Säulen der Region, ist aber auch die Ursache zahlreicher Probleme und Konflikte, angefangen bei den Umsiedlungen über zahlreiche Bergschäden bis hin zur Zerstörung von Natur und Landschaft. Der Konflikt um den Hambacher Wald ist aktuell zum Brennpunkt der Debatte über die gesamte Energie- und Klimapolitik Deutschlands geworden. Hier brechen sich die zahlreichen Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Dabei ist schon lange klar, die Zeit der Braunkohle ist vorbei. Bereits im Jahr 2010 hatte die damalige rot-grüne Landesregierung vereinbart, keine neuen Braunkohletagebaue mehr aufzuschließen. Das bedeutete seinerzeit schon nichts anders als den Ausstieg aus der Braunkohle. Bei der aktuellen Debatte geht es also nur noch um das Wie und längst nicht mehr um das Ob des Kohleausstiegs. Es geht jetzt darum, dass der Prozess des Ausstiegs so gestaltet wird, dass er den klimapolitischen Anforderungen genügt und gleichzeitig für die Region möglichst ohne negative strukturelle Konsequenzen bleibt, sie im Idealfall sogar vom Kohleausstieg profitiert.

Im Jahr 2015 hat die rot-grüne Landesregierung politisch entschieden, den Tagebau Garzweiler deutlich zu verkleinern und 1.400 Menschen die Zwangsumsiedlung aus ihrer Heimat zu ersparen. In der Zwischenzeit hat der Deutsche Bundestag das Pariser Klimaabkommen einstimmig ratifiziert und die aktuelle Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Emissionen aus der Energiewirtschaft um 61 bis 62% zu senken. Um Vorschläge zur Umsetzung dieses Ziels zu erarbeiten, hat sie eine Kommission aus Vertretern von 31 gesellschaftlichen Gruppen, Wissenschaft, Verbänden und Unternehmen unter dem Titel „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, kurz: Kohlekommission eingesetzt.

Es ist völlig klar, dass die Umsetzung des Ziels der Bundesregierung erhebliche Abschaltungen im stark überalterten Kraftwerkspark des Rheinischen Braunkohlereviere in den nächsten Jahren zur Folge haben muss, womit ebenfalls eine deutliche Reduzierung der Abbauflächen für die Braunkohle einhergehen wird. Überschlägig ist davon auszugehen, dass knapp 50% der genehmigten Tagebauflächen nicht mehr in Anspruch genommen werden müssen und auch nicht dürfen. Davon, wie dieser Prozess gestaltet wird, hängt letztlich dann auch die Frage ab, wann auch die drei BoA-Blöcke in den 2030er Jahren abgeschaltet werden müssen. Aufgrund des Budgetansatzes in der Klimapolitik gilt: Je mehr kurzfristig reduziert wird, umso geringer ist der Druck am Ende des Prozesses.

Die Region sollte sich diesem von der Bundesregierung eingeleiteten Prozess positiv stellen anstatt - wie in der Vergangenheit oft geschehen - Glaubensbekenntnisse für die Braunkohle abzugeben. Es gilt, die Angebote der Bundesregierung für Strukturhilfen positiv für die Entwicklung der Region zu nutzen. Dazu gehört auch das ehrliche Eingeständnis, dass die Bedeutung der Braunkohle mit gerade noch einmal gut 1% der Beschäftigten in der Region längst alles andere als dominierend ist. Hinzu kommt, dass bei einem Kohleausstieg 2030 Zweidrittel der heute in Bergbau und Kraftwerken bei RWE beschäftigten Menschen die Altersgrenze für den Ruhestand erreicht haben wird und das verbleibende Drittel noch länger für das Management der Alt- und Ewigkeitslasten der Braunkohle benötigt wird. Dass heute bei RWE Beschäftigte ins „Bergfreie“ fallen, ist von daher schon nahezu ausgeschlossen. Der allgewärtige Fachkräftemangel bei Unternehmen in der Region tut dazu ein Übriges für Beschäftigte, die von sich aus eine andere Perspektive suchen.

Die Region sollte sich im Hinblick auf die avisierten Hilfen des Bundes auf die Förderung von ausgewählten Infrastrukturprojekten konzentrieren: Etwa, welches Schienenverkehrsprojekt in der Region stark gemacht werden sollte und wie sein konkreter Beitrag zum Strukturwandel ist, um den Bund zu überzeugen, es in der Bundesverkehrswegeplanung höher zu priorisieren. Oder: Welche Bundeseinrichtung könnte ggf. in der Region angesiedelt werden? Weitere Fragen: Wie könnte der Beitrag des Bundes aussehen, die jetzt oder in Kürze nicht mehr benötigten Kraftwerksflächen einer zukunftsfähigen Entwicklung zuzuführen? Welche Maßnahmen helfen, die schon hervorragende Forschungslandschaft der Region noch weiter zu verbessern?

Diese und andere Fragen muss die Region schnell beantworten.

Wie beim Steinkohlenbergbau und der Atomkraft muss darüber hinaus die Frage geklärt werden, wie die Rückstellungen für Bergbaufolgen vom Schicksal des Unternehmens entkoppelt und so gesichert werden. Es darf nicht geschehen, dass die Region am Ende mit den Alt- und Ewigkeitslasten der Braunkohle alleine dasteht. Hierfür gilt es jetzt Vorsorge zu treffen und aus den bisherigen Erfahrungen Steinkohle und Atom zu lernen.

Die Region muss den Kohleausstieg und den jetzt von der Bundesregierung eingeleiteten Prozess als Chance und nicht als Bedrohung wahrnehmen. Mit guter und geschickter Aufstellung wird sie ohne die Belastungen durch den Braunkohlebergbau und die -verstromung in Zukunft nach dem Ende der Kohle besser dastehen als heute.

Mit freundlichen Grüßen

  
Werner Krickel,  
Fraktionsvorsitzender

  
Ingrid von Morandell,  
Fraktionsvorsitzende

Verteiler (mail):

- Städteregionsrat Herr Etschenberg
- Herr Hartmann
- Herr Jansen
- Frau Prof. Dr. Vomberg
- Herr Pilgrimm
- Herr Terodde
- Herr Leyendecker
- Herr Jonnek
- Frau Juchem
- Herr Funken

- per Kopie: - SPD-Fraktion  
- Linke-Fraktion  
- FDP-Fraktion  
- Piraten-UFW-Gruppe  
- CDU-Fraktion